

**Die Corona-Krise in der Einschätzung
der Bewohner der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens im Winter
2022**

Ergebnisse einer Befragung für das
Ministerium der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

28. Februar 2022
f22.0015/41278 Ja, Fe

forsa Gesellschaft für Sozialforschung
und statistische Analysen mbH
Gutenbergstraße 2
10587 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0
E-Mail: info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	4
1.1 Persönliche Zukunftsaussichten	4
1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten	5
2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise	6
2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise	6
2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise	8
2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise	10
2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise	11
3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger	12
4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise	14
5. Informationsverhalten und Informationsstand	23
6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise	28
7. Meinungen und Einstellungen zur Corona-Impfung	33
8. Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse	43

Vorbemerkung

Seit dem Winter 2020 stellt die Corona-Krise öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, gesellschaftliche Vereinigungen und Bürgerinnen und Bürger vor große Herausforderungen.

Um die Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung Ostbelgiens abschätzen und neue Perspektiven für die Zukunftsgestaltung entwickeln zu können, hat das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nach vorangegangenen Erhebungen im Juni und November 2020 sowie im März und Juli 2021 forsa erneut damit beauftragt, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermitteln.

Befragt wurden dazu vom 4. bis 18. Februar 2022 1.001 Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Einige der Fragen aus den vorigen Erhebungen wurden in der aktuellen Befragung erneut gestellt, um Zeitvergleiche vornehmen und mögliche Veränderungen im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Die Erhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt.

Die Auswahl der Befragten geschah nach einem systematischen Zufallsverfahren, bei dem zunächst Haushalte anhand computergenerierter Telefonnummern zufällig ausgewählt und in einem zweiten Schritt in einem Haushalt mithilfe einer weiteren Zufallsauswahl die Befragungsperson ermittelt wurde. Dieses Verfahren stellt sicher, dass alle Bevölkerungs- und Altersgruppen einschließlich der Jüngeren in der Stichprobe vertreten sind.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse sind repräsentativ und können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens übertragen werden.

1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1.1 Persönliche Zukunftsaussichten

Nach wie vor blickt eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinden Belgiens eher bzw. sehr optimistisch in die persönliche Zukunft (76 %).

Der Anteil derjenigen, die mindestens eher optimistische persönliche Zukunftsaussichten angeben, ist im Vergleich zur Erhebungswelle im Juli 2021 wieder leicht zurückgegangen.

▪ Persönliche Zukunftsaussichten

Es blicken persönlich in die Zukunft

		sehr optimistisch %	eher optimistisch %	eher bzw. sehr *) pessimistisch %
insgesamt:	2011	18	64	17
	2014	15	62	22
	2018	22	63	13
	Juni 2020	14	69	17
	November 2020	13	63	21
	März 2021	13	63	23
	Juli 2021	15	66	18
	Februar 2022	12	64	22
Norden		11	68	20
	Süden	13	61	25
Männer		12	65	22
	Frauen	13	63	22
18- bis 29-Jährige		18	70	11
	30- bis 44-Jährige	12	65	23
	45- bis 59-Jährige	9	66	25
	60 Jahre und älter	11	58	30
Erwerbstätige		12	65	23
	Rentner	10	58	30
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss Abitur/Studium		18	62	20
		9	59	31
		11	69	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Nachdem die Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostbelgien im Sommer 2021 mit einer sich entspannenden Corona-Lage deutlich positiver eingeschätzt wurden und auf einem ähnlichen Niveau wie zuletzt 2018 lagen, sind sie im Winter 2022 wieder etwas zurückgegangen. Dennoch werden die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien nach wie vor optimistischer beurteilt als noch im Winter 2021 und im Pandemiejahr 2020.

Derzeit beurteilen 73 Prozent der Befragten die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien eher bzw. sehr optimistisch.

▪ Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

		Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien beurteilen		
		sehr optimistisch	eher optimistisch	eher bzw. sehr *) pessimistisch
		%	%	%
insgesamt:	2011	8	64	28
	2014	6	60	30
	2018	17	67	12
	Juni 2020	7	57	33
	November 2020	6	49	40
	März 2021	6	55	35
	Juli 2021	10	68	18
	Februar 2022	8	65	23
Norden		11	59	26
Süden		6	70	21
Männer		13	66	18
Frauen		4	63	28
18- bis 29-Jährige		8	69	21
30- bis 44-Jährige		19	62	18
45- bis 59-Jährige		4	66	27
60 Jahre und älter		6	62	25
Erwerbstätige		12	64	22
Rentner		5	61	26
ohne Diplom/Primar		3	54	30
mittlerer Abschluss		2	70	26
Abitur/Studium		12	64	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise

2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise

Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, was ihnen im Zusammenhang mit der Corona-Krise die meisten Sorgen bereitet, werden am häufigsten die Angst vor einer langanhaltenden Pandemie (15 %), Sorgen vor den gesellschaftlichen Folgen (14 %) sowie Freiheitsbeschränkungen (11 %) genannt.

Anders als noch im Sommer letzten Jahres werden die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise (wirtschaftliche Lage, Konjunkturunbruch) nun deutlich weniger als Sorgen thematisiert (minus 12 Prozentpunkte).

Ebenso sind Sorgen vor weiteren Pandemie-Wellen bzw. eines weiteren Lockdowns seltener vorhanden (minus 11 Prozentpunkte).

Neu hinzugekommen ist die Sorge vor der Einführung einer Impfpflicht, die von 5 Prozent der Befragten genannt wird.

▪ Die größten Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise *)

	2020:		2021:		2022:
	Juni %	November %	März %	Juli %	Februar %
- wirtschaftliche Lage/Konjunkturunbruch	21	25	23	20	8
- Sorge vor Preissteigerungen	2	0	0	2	5
- Angst vor Arbeitslosigkeit	9	2	5	3	1
- weitere Pandemie-Welle/Lockdown	10	4	2	16	5
- Impfpflicht	-	-	-	-	5
- Sorge vor eigener Ansteckung	7	11	4	3	3
- Sorge vor Ansteckung von Familienmitgliedern	7	8	3	1	2
- Überlastung des Gesundheitssystems	-	11	1	1	1
- fehlende Therapien / fehlender Impfstoff	4	2	15	2	1
- Angst vor langanhaltender Pandemie	5	8	10	9	15
- gesellschaftliche Folgen von Corona	7	6	8	12	14
- Sorgen um Kinder/Jugend	4	5	12	9	9
- fehlende Kontakte	4	9	13	8	8
- Lernrückstände der Schüler	6	4	7	7	2
- Sorge um ältere Menschen	2	3	1	0	1
- Freiheitsbeschränkungen	6	4	8	6	11
- fehlende Impfbereitschaft	0	0	0	4	6
- Misstrauen generell	-	-	-	-	3
- fehlende Kompetenz der Politiker	2	2	4	3	3
- fehlende Akzeptanz der Maßnahmen	7	9	5	5	2
- Leugner der Krise, Verschwörungstheoretiker	0	3	1	2	2
- zu schnelle Lockerung von Maßnahmen	3	1	0	4	1
- zu wenige/mangelhafte Informationen	3	2	3	3	1
- keine Sorgen	7	5	4	8	8

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise

Auch im Winter 2022 hat eine Mehrheit der Befragten (62 %) in der Corona-Krise nicht nur Sorgen, sondern kann der Zeit auch positive Aspekte abgewinnen.

Ähnlich wie in den vorherigen Erhebungswellen thematisieren die Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft dabei am häufigsten den Zuwachs an Zeit mit der Familie und eine erlebte Entschleunigung als positive Aspekte.

Daneben werden als positive Erfahrungen die Pflege sozialer Kontakte, eine Rückbesinnung auf das Wesentliche und der Zusammenhalt generell genannt. Auch in dieser Befragungswelle heben wieder 6 Prozent der Befragten „Home Office“ oder „Home Schooling“ als eine positive Erfahrung hervor.

Weitere positive Erlebnisse und Erfahrungen in der Corona-Krise, die von den Befragten vereinzelt genannt werden, sind mehr Sport und Bewegung und eine gestiegene Hilfsbereitschaft.

▪ Positive Erlebnisse oder Erfahrungen in der Corona-Krise *)

Es haben folgende positive Erlebnisse oder Erfahrungen im Zuge der Corona-Krise gemacht:	2020:		2021:		2022:
	Juni %	November %	März %	Juli %	Februar %
- mehr Zeit mit der Familie	18	15	14	11	12
- „Entschleunigung“	17	12	9	13	12
- mehr Zeit (allgemein)	11	5	6	10	2
- Zeit für Haus und Garten	1	1	2	0	2
- eigene Region entdecken	0	2	2	2	1
- soziale Kontakte gepflegt	3	3	5	7	6
- Zusammenhalt	13	8	5	8	5
- gestiegene Hilfsbereitschaft	4	4	3	3	4
- Rückbesinnung auf das Wesentliche	6	6	6	10	6
- Homeoffice/Homeschooling	0	2	7	6	6
- mehr Sport und Bewegung	0	4	7	5	4
- eigene Gesundheit/Gesundheit der Familie	2	3	2	3	3
- mehr Kreativität/neue Sachen entdecken	0	2	2	2	3
- zügiges Impfen/Impfkampagne	0	0	0	4	2
- Umstellung auf mehr Digitalisierung	5	3	1	2	1
- weniger (Straßen-)Verkehr	5	1	2	2	1
- gut für die Natur/Umwelt	4	1	2	2	1
- Einhalten der Corona-Regeln	4	3	1	3	1
- Geld gespart	1	1	2	1	1
- geschäftlich erfolgreich	-	-	-	-	1
- keine positiven Erfahrungen	25	38	37	31	38

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Der Anteil derjenigen Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die sich durch die Corona-Krise und den damit verbundenen Maßnahmen in ihrem persönlichen Leben (sehr) stark eingeschränkt fühlen, hat im Februar 2022 weiter abgenommen.

Trotz hoher Covid-Inzidenzzahlen im Winter 2022 fühlen sich 71 Prozent (plus 9 Prozentpunkte) der deutschsprachigen Bevölkerung weniger stark bzw. gar nicht in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt.

29 Prozent fühlen sich sehr stark oder stark eingeschränkt.

- Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen fühlen sich in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt

		sehr stark %	stark %	weniger stark %	gar nicht %
insgesamt:	Juni 2020	9	26	52	13
	November 2020	14	36	41	9
	März 2021	18	39	36	7
	Juli 2021	9	28	51	11
	Februar 2022	9	20	57	14
Norden		10	18	59	13
Süden		8	22	56	14
Männer		7	16	63	14
Frauen		11	24	52	13
18- bis 29-Jährige		7	21	65	7
30- bis 44-Jährige		16	18	52	14
45- bis 59-Jährige		6	20	60	14
60 Jahre und älter		9	20	53	18
Erwerbstätige		10	19	58	13
Rentner		8	20	53	19
ohne Diplom/Primar		8	17	64	11
mittlerer Abschluss		5	28	46	21
Abitur/Studium		11	16	62	11

2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Die überwiegende Mehrheit (76 %) sieht nach wie vor keine finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Finanzlage des eigenen Haushaltes.

Nachdem sich der Anteil der Befragten in der letzten Erhebung erhöht hatte, die trotz anhaltender Corona-Krise eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation mitteilte, hat sich dieser Trend im Winter 2022 nicht gehalten.

Der Anteil derjenigen, deren finanzielle Situation sich durch die Corona-Krise verbessert hat, ist leicht gesunken

- Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

		Die finanzielle Situation ist durch die Corona-Krise		
		besser geworden %	schlechter geworden %	unverändert *) geblieben %
Insgesamt:	Juni 2020	6	17	77
	November 2020	6	15	78
	März 2021	9	10	81
	Juli 2021	12	9	79
	Februar 2022	7	14	76
Norden		8	12	78
Süden		6	17	75
Männer		10	14	73
Frauen		4	15	80
18- bis 29-Jährige		7	9	74
30- bis 44-Jährige		8	19	73
45- bis 59-Jährige		6	17	76
60 Jahre und älter		7	13	80
Erwerbstätige		9	16	75
Rentner		6	13	80
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss		0	14	68
Abitur/Studium		4	17	78
		9	13	76

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger

In der Bewertung des bisherigen Krisenmanagements der föderalen Regierung in Brüssel und des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Bürger in Ostbelgien zeigen sich, wie bereits in den vorigen Erhebungen, Unterschiede.

So sind mit der bisherigen Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel 59 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner in Ostbelgien (sehr) zufrieden. 38 Prozent sind weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist dagegen derzeit weiterhin die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien (sehr) zufrieden (72 %).

Die Zufriedenheit sowohl mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel als auch mit der des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist im Vergleich zur letzten Erhebung wieder gesunken. Sie liegt derzeit auf einem ähnlichen Niveau wie im Pandemiejahr 2020.

Die Zufriedenheitswerte unterscheiden sich darüber hinaus regional. Befragte im Norden sind zufriedener als die Befragten im Süden der DG sowohl mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel als auch mit der Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

▪ Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung und der DG in der Corona-Krise

Im Umgang mit der Corona-Krise sind mit der bisherigen Arbeit der

	föderalen Regierung in Brüssel		Deutschsprachigen Gemeinschaft	
	(sehr) zufrieden	weniger bzw.*) gar nicht zufrieden	(sehr) zufrieden	weniger bzw.*) gar nicht zufrieden
	%	%	%	%
Insgesamt: Juni 2020	58	37	78	19
November 2020	51	46	72	26
März 2021	46	50	68	30
Juli 2021	66	30	82	16
Februar 2022	59	38	72	25
Norden	63	34	78	21
Süden	55	42	67	28
Männer	57	41	70	27
Frauen	60	35	75	23
18- bis 29-Jährige	63	30	76	23
30- bis 44-Jährige	51	48	59	37
45- bis 59-Jährige	54	44	70	27
60 Jahre und älter	62	32	82	16
Erwerbstätige	58	42	68	29
Rentner	61	34	82	15
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss	57	30	65	28
Abitur/ Studium	55	42	75	24
	60	38	73	24
Beurteilung Maßnahmen:				
- angemessen	73	24	84	13
- gehen zu weit	34	63	52	46
- gehen nicht weit genug	45	48	61	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise

Eine Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der DG halten die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Februar 2022 für angemessen (58 %). Damit ist die Akzeptanz leicht zurückgegangen, nachdem die politischen Maßnahmen im Sommer 2021 von zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner für angemessen erachtet worden waren.

Für einen geringfügig größeren Anteil der Bevölkerung als bei der letzten Erhebung gehen die Maßnahmen zu weit (26 %, plus 6 Prozentpunkte). Ein nahezu unverändert kleiner Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner der DG findet, dass die Maßnahmen hingegen nicht weit genug gehen (12 %).

Dass die Maßnahmen zu weit gehen, meinen weiterhin die Bewohnerinnen und Bewohner im Süden der DG deutlich häufiger als die Bewohner im Norden sowie jüngere häufiger als die älteren Befragten.

▪ Einschätzungen zu den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

		Die getroffenen Maßnahmen		
		sind angemessen %	gehen zu weit %	gehen nicht *) weit genug %
Insgesamt:	Juni 2020	66	22	10
	November 2020	64	17	16
	März 2021	51	30	16
	Juli 2021	67	20	10
	Februar 2022	58	26	12
Norden		63	18	14
Süden		53	34	10
Männer		61	25	11
Frauen		55	28	12
18- bis 29-Jährige		50	28	17
30- bis 44-Jährige		60	34	6
45- bis 59-Jährige		55	31	10
60 Jahre und älter		65	16	14
Erwerbstätige		57	33	7
Rentner		64	16	15
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss		41	29	21
Abitur/Studium		59	24	14
		61	27	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die höchste Akzeptanz der derzeit in Belgien geltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat weiterhin das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten (85 %).

Mit 78 Prozent weist die pauschale Ausnahmeregelung für Grenzgänger, die es Ostbelgierinnen und Ostbelgiern erlaubt, sich mit Covid-Safe-Zertifikat (3G) in einen Nachbarstaat zu begeben, die zweithöchste Akzeptanz auf.

Die Eingrenzung der Öffnungszeiten in Cafés und Restaurants auf die Zeit von 5 bis 24 Uhr sowie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in Schulinnenräumen ist für 60 Prozent eine angemessene Maßnahme.

Die Begrenzung von Tischgesellschaften in Cafés und Restaurants auf sechs Personen halten 56 Prozent, die Homeofficepflicht für vier Tage pro Woche in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für angemessen.

Im Vergleich zu den anderen Maßnahmen die geringste Akzeptanz findet das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Primarschülern in Schulinnenräumen, außer in Phasen des ruhigen Sitzens, bei Abstandseinhaltung und Lüftung. Für angemessen halten diese Maßnahme „nur“ 39 Prozent.

Nur sehr vereinzelt wird im Winter 2022 weiterhin generell angegeben, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht weit genug gehen.

▪ Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen (I)

	Die Maßnahme		
	ist angemessen %	geht zu weit %	geht nicht *) weit genug %
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	85	13	2
- pauschale Ausnahmeregelung für Grenzgänger, die es Ostbelgierinnen und Ostbelgiern erlaubt, sich mit Covid-Safe-Zertifikat (3G) in einen Nachbarstaat zu begeben	78	17	2
- Begrenzung der Öffnungszeiten in Cafés und Restaurants auf die Zeit von 5 bis 24 Uhr	60	36	2
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in Schulinnenräumen	60	37	0
- Begrenzung von Tischgesellschaften in Cafés und Restaurants auf sechs Personen	56	39	2
- Homeofficepflicht für vier Tage pro Woche in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	51	40	2
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Primarschülern in Schulinnenräumen, außer bei ruhigem Sitzen, Abstandseinhaltung und Lüftung	39	56	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die jüngeren, 18 bis 44 Jahre alten Bürgerinnen und Bürger sehen die Begrenzung der Öffnungszeiten in Cafés und Restaurants häufiger als die älteren Befragten ab 45 Jahren als zu weitgehend an.

Die Gruppe der 30- bis 44-Jährigen beurteilt insbesondere die Maßnahmen in den Schulen, die Begrenzung von Tischgesellschaften in der Gastronomie und die Homeofficepflicht häufiger als zu weitreichend.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen (II)**

Die Maßnahme <u>geht zu weit:</u>	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Primarschülern in Schulinnenräumen, außer bei ruhigem Sitzen, Abstandseinhaltung und Lüftung	56	48	71	57	50
- Homeofficepflicht für vier Tage pro Woche in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	40	42	48	45	27
- Begrenzung von Tischgesellschaften in Cafés und Restaurants auf sechs Personen	39	30	68	43	24
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in Schulinnenräumen	37	28	53	38	31
- Begrenzung der Öffnungszeiten in Cafés und Restaurants auf die Zeit von 5 bis 24 Uhr	36	50	52	32	19
- pauschale Ausnahmeregelung für Grenzgänger, die es Ostbelgierinnen und Ostbelgiern erlaubt, sich mit Covid-Safe-Zertifikat (3G) in einen Nachbarstaat zu begeben	17	16	27	19	10
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	13	9	23	12	9

Die Bürgerinnen und Bürger im Süden der DG halten häufiger als die Bewohner im Norden, ähnlich wie in der vorherigen Erhebung, sämtliche der abgefragten Maßnahmen für zu weitgehend.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen (III)**

Die Maßnahme <u>geht zu weit</u> :	insgesamt %	Norden %	Süden %
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Primarschülern in Schulinnenräumen, außer bei ruhigem Sitzen, Abstandseinhaltung und Lüftung	56	47	64
- Homeofficepflicht für vier Tage pro Woche in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	40	30	49
- Begrenzung von Tischgesellschaften in Cafés und Restaurants auf sechs Personen	39	28	50
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in Schulinnenräumen	37	25	48
- Begrenzung der Öffnungszeiten in Cafés und Restaurants auf die Zeit von 5 bis 24 Uhr	36	28	44
- pauschale Ausnahmeregelung für Grenzgänger, die es Ostbelgierinnen und Ostbelgiern erlaubt, sich mit Covid-Safe-Zertifikat (3G) in einen Nachbarstaat zu begeben	17	9	25
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	13	7	18

Seit dem 28. Januar 2022 gilt das sogenannte Corona-Barometer in Belgien. Das Corona-Barometer ist ein Stufensystem, das bestimmt, welche Corona-Maßnahmen ab welcher Infektionslage in den Bereichen Veranstaltungen, HORECA und bei organisierten Aktivitäten (Sport, Jugend, Kultur) gelten.

Insgesamt 62 Prozent der Deutschsprachigen Gemeinschaft bewerten das Corona-Barometer als (sehr) gut.

Dabei finden insbesondere die jüngeren Bürgerinnen und Bürger unter 30 Jahren das Corona-Barometer überdurchschnittlich häufig gut bzw. sehr gut.

▪ **Bewertung des Corona-Barometers**

	Es finden das Corona-Barometer			
	sehr gut %	gut %	nicht so gut %	schlecht *) %
Insgesamt	6	56	20	9
Norden	7	56	19	8
Süden	5	55	21	10
Männer	7	53	23	9
Frauen	5	59	17	9
18- bis 29-Jährige	8	66	14	3
30- bis 44-Jährige	4	49	35	8
45- bis 59-Jährige	4	51	19	15
60 Jahre und älter	9	57	16	8
Erwerbstätige	5	51	25	12
Rentner	9	58	15	7
ohne Diplom/Primar	8	56	15	3
mittlerer Abschluss	7	56	18	8
Abitur/Studium	6	55	22	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe bzw. „kenne das Corona-Barometer nicht“

Die Einführung einer 2G-Regel für Freizeitaktivitäten (HORECA, Kino, Veranstaltungen) und die Einführung einer 3G-Regel am Arbeitsplatz würde jeweils von einer Mehrheit der DG als gut empfunden.

Die Einführung einer 2G-Regel für Freizeitaktivitäten wird dabei etwas häufiger positiv beurteilt als die Einführung einer 3G-Regel am Arbeitsplatz: 57 Prozent fänden die Einführung einer 2G-Regel für Freizeitaktivitäten gut, 53 Prozent die Einführung einer 3G-Regel am Arbeitsplatz.

Während sich im Norden eine deutliche Mehrheit positiv zu einer Einführung dieser Regelungen positioniert, fänden die Bürgerinnen und Bürger im Süden die Einführung hingegen mehrheitlich schlecht.

Eine große Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner fände die Einführung der besagten Maßnahmen gut, eine Mehrheit der Erwerbstätigen fände die Einführung schlecht.

- Bewertung der möglichen Einführung einer 2G-Regel für Freizeitaktivitäten und der 3G-Regel am Arbeitsplatz

	Es fänden die Einführung der			
	2G-Regel für Freizeitaktivitäten		3G-Regel am Arbeitsplatz	
	gut %	schlecht *) %	gut %	schlecht *) %
Insgesamt	57	41	53	45
Norden	69	27	61	36
Süden	45	53	45	53
Männer	58	39	52	46
Frauen	55	42	54	43
18- bis 29-Jährige	57	41	53	47
30- bis 44-Jährige	36	62	31	69
45- bis 59-Jährige	54	44	51	46
60 Jahre und älter	73	22	70	25
Erwerbstätige	47	51	43	55
Rentner	74	22	70	24
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss	58	36	66	30
Abitur/ Studium	55	40	46	51
	58	41	53	45
Beurteilung Maßnahmen:				
- angemessen	66	31	60	38
- gehen zu weit	27	72	30	67
- gehen nicht weit genug	78	17	68	30

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

5. Informationsverhalten und Informationsstand

Die drei am häufigsten genutzten Informationsquellen in der Corona-Krise bleiben das Radio (75 %), persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten (72 %) sowie das Fernsehen (71 %).

Auf Nachrichtenseiten im Internet haben sich über die Corona-Krise in den vergangenen Wochen 58 Prozent, in Tageszeitungen 50 Prozent informiert.

Die Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“ haben 40 Prozent genutzt.

Ähnlich häufig wurden in den letzten Wochen Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen (28 %) und soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook oder YouTube (27%) als Informationsquelle über die Corona-Krise genutzt.

▪ Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise (I)

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	2020:		2021:		2022: *)
	Juni %	Nov. %	März %	Juli %	Februar %
- Radio	78	83	80	76	75
- persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	88	86	82	83	72
- Fernsehen	81	82	82	74	71
- Nachrichtenseiten im Internet	66	70	69	63	58
- Tageszeitungen	60	61	59	56	50
- Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	38	44	45	49	40
- Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	34	28	29	33	28
- soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	41	38	34	30	27

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Unterschiede in der Mediennutzung zeigen sich weiterhin zwischen Jung und Alt.

Im Fernsehen und in Tageszeitungen informieren sich die über 60-Jährigen deutlich häufiger über die Corona-Krise als die unter 30-Jährigen. Die jüngeren Bewohnerinnen und Bewohner wiederum informieren sich häufiger über soziale Netzwerke.

▪ **Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise II**

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	insge-*) samt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Radio	75	70	80	77	73
- persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	72	75	66	73	75
- Fernsehen	71	66	56	71	85
- Nachrichtenseiten im Internet	58	57	71	62	48
- Tageszeitungen	50	31	48	50	66
- Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	40	31	46	45	39
- Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	28	24	35	32	24
- soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	27	48	34	19	13

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline, die die Bürgerinnen und Bürger über das Corona-Virus und Hilfsmaßnahmen informiert, ist einer Mehrheit von 69 Prozent der Befragten bekannt.

Unterdurchschnittlich bekannt ist die telefonische Hotline weiterhin bei den unter 30-Jährigen und bei Befragten mit formal geringerer Bildung.

▪ Bekanntheit der telefonischen Hotline

		Es kennen die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline
		%
Insgesamt:	Juni 2020	72
	November 2020	66
	März 2021	64
	Juli 2021	72
	Februar 2022	69
Norden		69
Süden		69
Männer		68
Frauen		70
18- bis 29-Jährige		51
30- bis 44-Jährige		66
45- bis 59-Jährige		81
60 Jahre und älter		74
Erwerbstätige		73
Rentner		73
ohne Diplom/Primar		53
mittlerer Abschluss		62
Abitur/Studium		75

Ein Team der DG kümmert sich mit ärztlicher Unterstützung darum, Personen zu finden, die mit einer am Corona-Virus erkrankten Person in Kontakt standen.

Das „Kontakt-Tracing“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist einer großen Mehrheit von 79 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien bekannt.

Unterdurchschnittlich bekannt ist das Kontakt-Tracing weiterhin bei den über 60-Jährigen sowie Personen mit formal geringerer Bildung.

▪ Bekanntheit des „Kontakt-Tracings“

Es wissen, dass sich ein Team der DG mit ärztlicher Unterstützung darum kümmert, Personen zu finden, die mit einer am Corona-Virus erkrankten Person in Kontakt standen

	%
Insgesamt:	
Juni 2020	75
November 2020	79
März 2021	73
Juli 2021	74
Februar 2022	79
Norden	75
Süden	82
Männer	77
Frauen	81
18- bis 29-Jährige	80
30- bis 44-Jährige	91
45- bis 59-Jährige	85
60 Jahre und älter	63
Erwerbstätige	88
Rentner	58
ohne Diplom/Primar	56
mittlerer Abschluss	72
Abitur/Studium	86

Weiterhin findet es eine große Mehrheit (66 %) gut, dass dieses „Kontakt-Tracing“ durchgeführt wird.

Überdurchschnittlich positiv bewertet wird das „Kontakt-Tracing“ von unter 30-Jährigen.

▪ Bewertung des „Kontakt-Tracings“

		Es finden eher gut, dass dieses „Kontakt-Tracing“ durchgeführt wird	
		ja	nein *)
		<u>%</u>	<u>%</u>
Insgesamt:	Juni 2020	71	23
	November 2020	82	13
	März 2021	77	17
	Juli 2021	70	24
	Februar 2022	66	28
Norden		70	24
Süden		62	32
Männer		66	27
Frauen		66	30
18- bis 29-Jährige		73	23
30- bis 44-Jährige		62	30
45- bis 59-Jährige		61	35
60 Jahre und älter		67	25
Erwerbstätige		62	33
Rentner		68	24
ohne Diplom/Primar		65	26
mittlerer Abschluss		60	33
Abitur/Studium		69	27

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Die überwiegende Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner in Ostbelgien (69 %) hält die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel zur Corona-Krise für (sehr) glaubwürdig. Im Vergleich zum Sommer 2021 hat dieser Anteil wieder etwas abgenommen (minus 6 Prozentpunkte) und liegt jetzt auf einem ähnlichen Niveau wie im Winter 2021.

27 Prozent halten die Informationen der föderalen Regierung derzeit für wenig oder gar nicht glaubwürdig.

▪ Glaubwürdigkeit der Informationen der föderalen Regierung

		Die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel sind glaubwürdig		
		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		%	%	%
Insgesamt:	Juni 2020	9	63	25
	November 2020	19	59	18
	März 2021	15	53	29
	Juli 2021	14	61	22
	Februar 2022	11	58	27
Norden		12	61	20
Süden		10	56	33
Männer		10	54	32
Frauen		12	63	22
18- bis 29-Jährige		15	63	20
30- bis 44-Jährige		7	53	37
45- bis 59-Jährige		11	56	29
60 Jahre und älter		10	60	24
Erwerbstätige		10	56	32
Rentner		10	59	25
ohne Diplom/Primar		11	47	38
mittlerer Abschluss		9	55	33
Abitur/Studium		12	61	22

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Diejenigen, die die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, wurden offen und ohne jegliche Antwortvorgabe nach ihren Gründen für die Einschätzung gefragt.

Ein Viertel begründet dies am mit aus ihrer Sicht widersprüchlichen Informationen (25 %), 19 Prozent mit Zweifeln am Ausmaß der Corona-Pandemie.

17 Prozent begründen ihre Zweifel mit dem schnellen Wechsel der Entscheidungen, 16 Prozent mit einem generellen Misstrauen in die Politik und 9 Prozent mit einseitigen Informationen in der Regierungskommunikation.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der föderalen Regierung *)

	2020:		2021:		2022: **)
	Juni %	November %	März %	Juli %	Februar %
- widersprüchliche Informationen	27	24	32	28	25
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	9	11	8	8	19
- schneller Wechsel der Entscheidungen	9	1	16	3	17
- generelles Misstrauen in die Politik	19	24	28	32	16
- einseitige Informationen	6	8	3	0	9
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	2	4	3	0	7
- mangelnde Kompetenz der Politik	11	6	11	11	6
- zu wenig Informationen	4	7	6	9	5
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	11	11	10	17	4
- weiß nicht	8	6	4	4	3

*) Basis: Befragte, die die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

***) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Das Vertrauen der Bewohner Ostbelgiens in die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise ist weiterhin höher als das Vertrauen in die Informationen der föderalen Regierung.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen ist das Vertrauen geringfügig zurückgegangen.

79 Prozent halten aktuell die Informationen der DG für sehr bzw. eher glaubwürdig.

▪ **Glaubwürdigkeit der Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

		Die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind glaubwürdig		
		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		%	%	%
Insgesamt:	Juni 2020	21	65	11
	November 2020	26	60	11
	März 2021	23	60	15
	Juli 2021	22	63	12
	Februar 2022	16	63	17
Norden		19	67	9
Süden		14	59	24
Männer		17	60	19
Frauen		16	66	15
18- bis 29-Jährige		20	71	8
30- bis 44-Jährige		7	62	27
45- bis 59-Jährige		17	58	22
60 Jahre und älter		20	62	13
Erwerbstätige		15	61	21
Rentner		20	62	13
ohne Diplom/Primar		11	69	17
mittlerer Abschluss		17	58	19
Abitur/ Studium		18	64	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Diejenigen, die die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, begründen das vor allem mit einer Abhängigkeit der DG von höheren Ebenen (24 %) sowie einem generellen Misstrauen in die Politik (16 %).

Als Gründe werden ebenfalls eine wahrgenommene Widersprüchlichkeit von Informationen (16 %) sowie ein Zweifel am Ausmaß der Pandemie (14 %) genannt.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft *)

	2020:		2021:		2022: **)
	Juni %	November %	März %	Juli %	Februar %
- Abhängigkeit von höheren Ebenen	21	9	22	23	24
- generelles Misstrauen in die Politik	16	17	14	25	16
- widersprüchliche Informationen	19	24	16	18	16
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	6	15	2	3	14
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	3	2	6	7	10
- mangelnde Kompetenz der Politik	8	7	5	12	9
- Uneinigkeit innerhalb der Gemeinschaft	-	-	-	-	6
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	1	5	1	0	1
- weiß nicht	20	18	17	12	8

*) Basis: Befragte, die die Informationen der DG für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

***) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Den Befragten wurden verschiedene Aussagen zum Corona-Virus vorgelegt, deren Glaubwürdigkeit sie einschätzen sollten.

Im Vergleich zur den vorherigen Erhebungen lassen sich, wenn überhaupt, nur minimale Veränderungen feststellen.

Dass die öffentlich-rechtlichen Medien und die meisten Zeitungen gezielt Lügen in Bezug auf das Corona-Virus verbreiten würden, um die Menschen zu manipulieren, halten 23 Prozent für glaubwürdig.

Ebenfalls 23 Prozent meinen, die Regierung in Belgien stelle die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dar und täusche die Bevölkerung.

Dass das Corona-Virus nicht gefährlicher als eine Grippe sei, meinen 19 Prozent.

9 Prozent halten die Aussage für glaubwürdig, dass das Corona-Virus nur ein Vorwand sei, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken.

Kaum jemand (3 %) hält für glaubwürdig, dass Microsoft-Gründer Bill Gates, der die Politik bestochen habe, hinter der Corona-Pandemie stecke.

▪ **Glaubwürdigkeit verschiedener Aussagen zum Corona-Virus**

Es halten die Aussage für glaubwürdig:	2020:		2021:	2022:	
	Juni %	Nov. %	März %	Juli %	Februar %
- Die öffentlich-rechtlichen Medien und die meisten Zeitungen verbreiten gezielt Lügen in Bezug auf das Corona-Virus, um die Menschen zu manipulieren	-	-	-	22	23
- Die Regierung in Belgien stellt die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dar und täuscht die Bevölkerung	23	18	28	19	23
- Das Corona-Virus ist nicht gefährlicher als eine Grippe	-	-	-	15	19
- Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken	12	10	13	12	9
- Hinter der Corona-Pandemie steckt Microsoft-Gründer Bill Gates, der die Politik bestochen hat	-	-	-	-	3

7. Meinungen und Einstellungen zur Corona-Impfung

87 Prozent aller Befragten geben an, vollständig geimpft zu sein oder bereits eine Auffrischungsimpfung erhalten zu haben.

Ein großer Teil der Geimpften hat den eigenen Impfschutz bereits aufgefrischt (52 % aller Befragten).

Nicht gegen das Corona-Virus geimpft sind 10 Prozent der Befragten. Jeweils die Hälfte dieser Gruppe will lieber noch abwarten bzw. sich gar nicht impfen lassen.

Nur sehr wenige Befragte sind einmal ohne vollständigen Impfschutz geimpft (2 %).

Mit 62 Prozent ist eine Mehrheit bereit, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus impfen zu lassen, sofern das medizinisch empfohlen wird. Eine überdurchschnittlich hohe Bereitschaft zeigt sich besonders bei den älteren, über 60-Jährigen.

▪ Impfstatus und Impfbereitschaft (I)

Es geben zum Impfstatus bzw. ihrer Impfbereitschaft an:	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Auffrischungsimpfung erhalten	52	35	48	55	63
- vollständig geimpft	35	41	41	30	30
- einmal geimpft ohne vollständigen Impfschutz	2	6	0	2	0
- keine Impfung, will lieber abwarten	5	11	5	5	2
- keine Impfung und will sich gar nicht impfen lassen	5	4	6	7	3
- bereit, sofern medizinisch empfohlen, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus zu impfen	62	66	40	59	75

Während im Norden der DG 74 Prozent bereit sind, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus zu impfen, sofern das medizinisch empfohlen wird, fällt die Bereitschaft dazu im Süden der DG mit 49 Prozent deutlich geringer aus.

▪ **Impfstatus und Impfbereitschaft (II)**

Es geben zum Impfstatus bzw. ihrer Impfbereitschaft an:	insgesamt	Norden	Süden	Männer	Frauen	Erwerbstätige	Rentner
	%	%	%	%	%	%	%
- Auffrischungsimpfung erhalten	52	56	48	52	51	53	63
- vollständig geimpft	35	37	33	35	35	35	29
- keine Impfung, will lieber abwarten	5	2	8	5	6	5	2
- keine Impfung und will sich gar nicht impfen lassen	5	2	7	5	5	5	3
- einmal geimpft ohne vollständigen Impfschutz	2	3	1	1	3	1	1
- bereit, sofern medizinisch empfohlen, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus zu impfen	62	74	49	65	58	54	75

Diejenigen, die eine Impfung lieber abwarten wollen, begründen dies derzeit am häufigsten mit einer bestehenden Immunität aufgrund einer überstandenen Corona-Infektion (30 Prozent). Angst vor möglichen Nebenwirkungen haben 24 Prozent der Abwartenden. 20 Prozent begründen ihr Abwarten mit einer Unklarheit der Wirksamkeit der Impfung und 11 Prozent damit, dass ihnen die Zulassung/Entwicklung zu schnell gegangen sei, sodass Impfstoffe nicht richtig getestet seien.

10 Prozent der abwartenden Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass sie ein gutes Immunsystem hätten und eine Corona-Infektion nicht so schlimm sei.

Bei denjenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, ist die Immunität aufgrund einer überstandenen Erkrankung ebenfalls der am häufigsten genannte Grund für die Impf-Ablehnung (14 %). Genauso häufig geben die Nicht-Impfwilligen an, ein gutes Immunsystem zu haben bzw. Corona sei nicht so schlimm.

13 Prozent sehen die Wirksamkeit der Impfstoffe als fraglich an, 12 Prozent haben Angst vor Nebenwirkungen bzw. sehen die Nebenwirkungen als unklar an.

10 Prozent begründen die Impfablehnung damit, dass die Zulassung bzw. Entwicklung der Impfstoffe zu schnell gegangen sei.

▪ Gründe gegen eine Impfung *)

	Befragte, die lieber abwarten wollen %	Befragte, die sich nicht impfen lassen wollen %
- Immunität, überstandene Erkrankung	30	14
- Angst vor Nebenwirkungen, Nebenwirkungen noch unklar	24	12
- Wirksamkeit der Impfung unklar	20	13
- Zulassung/Entwicklung ging zu schnell, Impfstoffe wurden nicht richtig getestet	11	10
- gutes Immunsystem/Corona ist nicht schlimm	10	14
- zu wenig Informationen über Impfstoffe	4	2
- gesundheitliche Gründe (Erkrankung, Allergien)	3	4
- keine Langzeitstudien, Langzeitfolgen unklar	3	6
- generelle Ablehnung von Impfungen	2	5
- da man nicht weiß, welchen Impfstoff man bekommt	0	8

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich, Tendenzangaben aufgrund sehr geringer Fallzahlen

In der aktuellen Erhebungswelle wurden die Bürgerinnen und Bürger der DG zu ihrer Meinung bezüglich der Einführungen einer Impfpflicht gegen das Corona-Virus befragt.

Mit 43 Prozent präferieren am meisten Bewohnerinnen und Bewohner der DG die Beibehaltung der freiwilligen Impfung. Ähnlich häufig wird sich für die Einführung einer Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen, solange keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen (42 %).

Für eine berufsgruppenspezifische Impfpflicht (z.B. für Personal im Gesundheitssektor) sprechen sich hingegen nur 13 Prozent aus.

Besonders im Süden zeigt sich eine mehrheitliche Präferenz der Beibehaltung einer freiwilligen Impfung (52 %).

Jüngere, unter 30-Jährige präferieren mehrheitlich die Einführung einer Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger, solange keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen.

▪ Meinung zur Einführung einer Impfpflicht

	Es präferieren		
	Impfpflicht für alle Bürger, solange keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen %	Beibehaltung der freiwilligen Impfung %	Impfpflicht nur für bestimmte *) Berufsgruppen (z.B. Personal im Gesundheitssektor) %
insgesamt	42	43	13
Norden	46	34	20
Süden	38	52	7
Männer	40	41	16
Frauen	43	45	10
18- bis 29-Jährige	51	34	15
30- bis 44-Jährige	23	59	13
45- bis 59-Jährige	42	47	10
60 Jahre und älter	47	36	15
Erwerbstätige	36	51	11
Rentner	48	35	14
ohne Diplom/Primar	45	41	13
mittlerer Abschluss	42	44	10
Abitur/Studium	42	42	15

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Nach wie vor sieht die große Mehrheit der Befragten die Impfung als den besten Weg an, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen (84 %).

Mehrheitlich (69 %), aber deutlich seltener als bei der letzten Befragung, glauben die Bürgerinnen und Bürger weiterhin auch, dass Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erst wieder möglich sein wird, wenn die meisten Menschen geimpft seien

Dass die Impfstoffe noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar seien, meinen im Winter 2022 weniger Bürgerinnen und Bürger als noch im Sommer 2021 (48 Prozent, minus 14 Prozentpunkte).

31 Prozent halten die Impfung gegen das Corona-Virus für alle für nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend sei.

Dass die Impfungen gefährlicher seien als das Corona-Virus selbst, meint ein ähnlich kleiner Anteil der Befragten wie im Sommer 2021 (8 %).

Kaum jemand glaubt, dass die Corona-Impfung unfruchtbar mache (3 %) oder dass den Menschen mit der Impfung ein elektronischer Chip installiert werde, der ihnen schaden soll (1 %).

▪ Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus (I)

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus zu

	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt *) nicht %
- Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	57	27	8	6
- Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wird erst möglich sein, wenn die meisten Menschen geimpft sind	38	31	20	9
- Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	19	29	28	21
- Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	13	18	30	34
- Die Impfungen sind gefährlicher als das Corona-Virus selbst	3	5	27	61
- Eine Impfung gegen das Corona-Virus macht unfruchtbar	1	2	23	58
- Mit der Impfung wird den Menschen ein elektronischer Chip installiert, der den Menschen schaden soll	0	1	7	90

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die älteren Bewohnerinnen und Bewohner ab 60-Jahren und die jüngeren, unter 30-Jährigen meinen tendenziell etwas häufiger als die anderen Befragten, dass die Impfung der beste Weg sei, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen.

Die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen stimmt seltener als die anderen Befragten der Aussage voll und ganz bzw. eher zu, dass Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erst möglich sein werde, wenn die meisten Menschen geimpft sind.

▪ **Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus (II)**

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt:		18- bis 29-	30- bis 44-	45- bis 59-	60 Jahre
	Juli	Feb.	Jährige	Jährige	Jährige	und älter
	2021	2022	%	%	%	%
- Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	86	84	86	79	82	88
- Normalität im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wird erst möglich sein, wenn die meisten Menschen geimpft sind	85	69	67	55	69	81
- Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	62	48	44	41	55	51
- Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	26	31	33	39	31	25
- Die Impfungen sind gefährlicher als das Corona-Virus selbst	10	8	8	7	9	7
- Eine Impfung gegen das Corona-Virus macht unfruchtbar	-	3	2	3	3	3
- Mit der Impfung wird den Menschen ein elektronischer Chip installiert, der den Menschen schaden soll	3	1	2	0	1	2

Genau wie in der letzten Erhebung fühlt sich eine große Mehrheit von 89 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der DG ausreichend über das Thema „Corona-Impfung“ informiert. 11 Prozent der Befragten würde gerne noch mehr erfahren.

▪ Informiertheit über das Thema „Corona-Impfung“

Es fühlen sich alles in allem ausreichend über das Thema „Corona-Impfung“ informiert

	ja	nein, *) würde gerne noch mehr erfahren
	%	%
Insgesamt: März 2021	81	19
Juli 2021	89	10
Februar 2022	89	11
Norden	90	10
Süden	88	12
Männer	91	9
Frauen	87	13
18- bis 29-Jährige	83	17
30- bis 44-Jährige	86	14
45- bis 59-Jährige	92	8
60 Jahre und älter	93	7
Erwerbstätige	89	11
Rentner	93	7
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss	89	11
Abitur/Studium	93	7
	87	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Diejenigen, die gerne mehr erfahren würden, interessieren sich vor allem für weitere Informationen zu Nebenwirkungen (32 %), den Inhaltsstoffen und zur Herstellung der Impfstoffe (21 %) sowie für weitere Informationen zu Langzeitfolgen der Corona-Impfung (17 %).

16 Prozent wünschen sich eine Aufklärung über die Impfstoffe bzw. deren Wirkweise. Für jeweils 10 Prozent wären weitere Informationen zur Dauer des Impfschutzes sowie über die bestehende Studienlage interessant.

▪ Informationsbedarfe *)

Es würden gerne rund um das Thema Corona-Impfung mehr erfahren über **):	2021:	2022:
	Juli %	Februar %
- Nebenwirkungen	18	32
- Inhaltsstoffe, Herstellung	10	21
- Langzeitfolgen	3	17
- Aufklärung über Impfstoffe/Wirkweise	24	16
- Dauer des Impfschutzes	10	10
- Informationen über bestehende Studien	5	10
- Eignung der Impfstoffe für bestimmte Personengruppen	7	8
- andere Sichtweisen/Standpunkte erfahren	14	7
- Wirksamkeit gegen eigene Ansteckung	6	5

*) Basis: Befragte, die gern noch mehr über das Thema „Corona-Impfung“ erfahren würden

**) offene Abfrage, Mehrfachnennung möglich; dargestellt sind Nennungen ab 5 Prozent, die das Thema Corona-Impfung betreffen

8. Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse

Betroffenheit von der Corona-Krise

Der Optimismus in Bezug auf die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten aus dem Sommer 2021 ist im Winter 2022 wieder leicht zurückgegangen. Dennoch blicken die Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer noch optimistischer auf die wirtschaftliche Zukunft in Ostbelgien als noch vor knapp einem Jahr.

Derzeit bereiten den Bürgerinnen und Bürgern vor allem die Angst vor einer langanhaltenden Pandemie und gesellschaftliche Folgen der Corona-Krise Sorgen. Sorge vor den ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise und die Sorge vor weiteren Pandemie-Wellen bzw. Lockdowns werden im Vergleich zum letzten Sommer weniger häufig thematisiert.

Auch im Winter 2022 hält der Trend an, dass sich immer weniger Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrem persönlichen Leben durch die Corona-Krise eingeschränkt fühlen. Weniger als ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich derzeit in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt (29 %).

Trotz der Sorgen und weiterhin bestehender Einschränkungen kann auch in der aktuellen Erhebung eine Mehrheit der Befragten der Corona-Zeit etwas Positives abgewinnen, allen voran einen Zuwachs an Zeit mit der Familie.

In Bezug auf die eigene finanzielle Situation hat sich durch die Corona-Krise für die allermeisten Bürger in Ostbelgien weiterhin nichts geändert. Im Februar 2022 berichten jedoch etwas weniger Bewohnerinnen und Bewohner von einer Verbesserung sowie etwas mehr von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage als im Sommer 2021.

Krisenmanagement der Regierung und politische Maßnahmen

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Umgang mit der Corona-Krise ist nach dem Hoch im Sommer letzten Jahres wieder rückläufig und liegt derzeit auf einem ähnlichen Niveau wie in der zweiten Jahreshälfte von 2020.

Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dabei nach wie vor deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger der DG zufrieden als mit dem Krisenmanagement der föderalen Regierung in Brüssel.

Die generelle Akzeptanz der zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen fällt wieder niedriger aus als im Sommer 2021 und im Sommer 2020:

Eine knappe Mehrheit hält die getroffenen Maßnahmen derzeit für angemessen. Dabei hat der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen zu weitgehend finden bzw. denen sie nicht weit genug gehen, geringfügig zugenommen.

Ein Großteil der zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Einzelmaßnahmen in Ostbelgien findet weiterhin die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes bei Primarschülern in Schulinnenräumen, außer bei ruhigem Sitzen, Abstandseinhaltung und Lüftung, hält jedoch eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DG für unangemessen.

Mehrheitlich angemessen wird außerdem die Homeofficepflicht für vier Tage pro Woche in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten, die Begrenzung von Tischgesellschaften und der Öffnungszeiten in der Gastronomie sowie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in Schulinnenräumen eingeschätzt.

Die Einführung einer 2G-Regel für Freizeitaktivitäten wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern der DG etwas häufiger positiv beurteilt als die Einführung einer 3G-Regel am Arbeitsplatz.

Zur Frage der Einführung einer generellen Impfpflicht zeigt sich keine klare Präferenz unter den Bewohnerinnen und Bewohnern der Deutschen Gemeinschaft: In etwa gleiche viele Bewohnerinnen und Bewohner Prozent bevorzugen einerseits die Beibehaltung der freiwilligen Impfung, andererseits eine Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger, sofern keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen.

Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien halten die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für glaubwürdig. Somit hat das Vertrauen in die offiziellen Informationen im Vergleich zum Sommer 2021 wieder etwas abgenommen, ist aber weiterhin auch im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau.

Die Glaubwürdigkeit des Ministeriums der DG bleibt weiterhin deutlich höher als die der föderalen Regierung: Fast 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten die Informationen der DG zur Corona-Krise für glaubwürdig. Das Vertrauen in die Informationen der DG hat zuletzt von sehr hohem Niveau nur leicht abgenommen.